VERORDNUNGSBLATT DER GEMEINDE KLAUS

Jahrgang 2025

Ausgegeben am 25.9.2025

5. Verordnung: [Verpflichtung zur Einbringung von Anträgen auf Baugrundlagenbestimmung]

VERORDNUNG der Gemeindevertretung der Gemeinde Klaus über die Verpflichtung zur Einbringung von Anträgen auf Baugrundlagenbestimmung

Aufgrund des Beschlusses der Gemeindevertretung der Gemeinde Klaus vom 05.03.2025 gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetz (BauG), LGBl 52/2001 idGF, wird verordnet:

§1

Vor jedem Bauantrag für Bauvorhaben nach § 18 Abs 1 lit a und lit c BauG ist ein Antrag auf Baugrundlagenbestimmung zu stellen, wenn

- (1) das Bauvorhaben auf einem Baugrundstück mit mehr als 1.200 m² Nettogrundfläche ausgeführt werden soll. Ausgenommen sind Sanierungen bei gleichbleibender Verwendung der Gebäude;
- (2) das Bauvorhaben auf einem Baugrundstück in der Zone V BW5 des Bebauungsplans der Gemeinde Klaus, beschlossen von der Gemeindevertretung am 05.03.2025 (siehe Anlage „Zonenplan“), ausgeführt werden soll oder wenn
- (3) das Bauvorhaben auf einem Baugrundstück erfolgen soll, auf welchem ein im Objektschutzplan der Gemeinde Klaus, beschlossen von der Gemeindevertretung am 05.03.2025 (siehe Anlage „Objektschutzplan“) vermerktes charakteristisches, ortsbildprägendes Ensemble, Gebäude oder Naturdenkmal situiert ist.

§2

Diese Verordnung tritt mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft.

Der Bürgermeister:

Simon Morscher

Anlagen:

- Zonenplan
- Objektschutzplan